

Trumps Strafzölle: Was Thüringer Autozulieferer jetzt befürchten

Erfurt. Die neuen Strafzölle der USA sollen nicht nur auf komplette Autos erhoben werden, sondern auch auf zentrale Autoteile. Wann Thüringer Autozulieferer davon betroffen sein können.

Zölle wirken sich negativ auf den weltweiten Handel aus und stören die Verlässlichkeit und Planbarkeit von Unternehmen, kritisiert der Verband [Automotive Thüringen](#), die angekündigten Strafzölle von 25 Prozent bei der Einfuhr von Autos in die USA.

Auswirkungen für Thüringer Betriebe

Deutschland exportierte rund 300.000 Autos jährlich in die USA. „Wir müssen allerdings zunächst schauen, ob diese Abgaben nur auf komplett montierte [Fahrzeuge](#) oder auch auf Zulieferteile erhoben werden“, sagte Automotive-Geschäftsführer Rico Chmelik. Sollten die Strafzölle nur auf fertige Autos gelten, wären die Auswirkungen auf die **Thüringer Zulieferer** begrenzt.

Allerdings schwebt auch dann ein **Damoklesschwert** über der Zulieferbranche im Freistaat. „Große und finanzstarke Zulieferer könnten auf die Idee kommen, ihre Fertigung nach Amerika zu verlagern, um die Zölle zu umgehen“, warnte Chmelik. Eine derartige [Abwanderung](#) würde Arbeitsplätze in Thüringen kosten.

Thüringer Firmenchefs zeigten sich beim Brexit kreativ

Zunächst aber sei die Kreativität der Firmenchefs im Freistaat gefragt. Die hätten diese auch schon nach dem **Brexit** bewiesen. Da habe man das Zollproblem umschifft, in dem man fertige Autos in Module zerlegt habe, die dann in Großbritannien wieder zusammengebaut wurden.

Er rechne jetzt mit einem verstärkten Beratungsbedarf – gerade in den kleinen und mittelständischen [Zulieferbetrieben](#) - in Fragen des Zollrechts. Den habe es auch schon kurz vor und nach dem Brexit gegeben.

Eventuelle Strafzölle auf Teile wirken sich direkt aus

Sollten die Strafzölle dagegen auch auf Teile – wie [Sensoren für Gaspedale](#) oder Bedienelemente erhoben werden – dann hätte dies direkte Auswirkungen auf die Lieferungen von Thüringer Zulieferern an die US-Fertigungsstätten der großen deutschen Autokonzerne.

-

Das gelte ebenso für eventuelle Strafgebühren auf behandelte oder unbehandelte Teile aus **Aluminium** oder Kunststoff. In jedem Fall führe die US-Politik zu veränderten Handels- und [Warenströmen](#), so Chmelik.